

# Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-  
Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftssitz: Saarlouis, Kl. Markt 1  
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung.  
Telegraphen-Nr. 70 und 82. Postfach 29.



18

72

Tage- und Anzeigenblatt  
für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post 1.100.  
Sollpreise: Die gesetzte 40-min-Blatt 0.45 Fr. Deutschland  
20 Pf. Amerikanische Anzeigen 50 Eis.

Nr. 216

Saarlouis, Mittwoch, den 21. September 1927.

56. Jahrgang.

## Fürcht vor einer neutralen Untersuchung der Kriegsschuld.

Weitere ausführliche Pressenotizen zur Hindenburgrede.

Berlin. Der Konserv., wen man auf den ersten beiden Seiten der preußischen Pressemonaten der französischen und englischen Blätter gewusst, geht dahin, daß es überall unangenehm berührte, daß durch die Rede des Reichspräsidenten in Tannenberg die Frage der Kriegsschuld wiederum in die Debatte geworfen wurde. Während die englische Presse einen Friedensherrscher ist in ihren Auskünften, ist der Ton, den namentlich die französischen nationalistischen Blätter anschlagen, äußerst scharf. President J. Hindenburg, der ebenfalls über die feierlichen Annoen, so schreibt der "Figaro", sowie durch seinen Prost in Tannenberg niemand von der Unwichtigkeit Deutschlands überzeugt. Wenn ein Angestalter jenseitig eine Unschuld hält, sei das niemals ein Beweis von seiner Schuldlosigkeit. Der "Kronen" schreibt, er habe mit seiner Behauptung Recht behalten, daß alle Deutschen, von den Russen bis zu den Sozialdemokraten nur an Hindenburg lächeln. Das Blatt erinnert daran, daß der Berichterstatter von Wilson als die moralische Begründung des Vierzigstundigen der Unschuld Deutschlands am Kriege vertheidigt werden sei.

Die "Reichsminister Zeitung" und die "Dolce Vita" haben dagegen die gefährliche Hindenburgs begrüßt. Die "Gesamtstaatler Gazette" sieht in dem Prost des Reichspräsidenten die natürliche Folge der "stumpfen Annahme" der Briten, die versucht hätten, in Bezeichnung des Urteils der Geschichte vorweg zu nehmen. Das Blatt hält dies natürlich fort: Wenn Präsident J. Hindenburg den Friedensprost freit Ländereien wiederholt, dann steht uns vor allem die Tatsache vor, daß dieser alte verschleierte Krieger die Aufführung eines Krieges für ein Verbrechen und eine Sache hält und kostet, daß er ebenso gehobt hätte, wenn der Krieg einen andern Ausgang gebracht haben würde." Die "Dolce Vita" glaubt, daß der imperialistische Oberhof, den der Reichspräsident zur Verteilung des Kriegsschulden konzentriert habe, vielleicht kein Deutschland von dem Datum der Kriegsschuld zu befreien, dieses verwirren würde. Auf jeden Fall würde dieser Oberhof auf die euanalische Loge eine verhängnisvolle Radierung haben. Die "Dolce" nennt die Göring-Müllerburg einen Anschlag gegen die Bedrohungen, eine Politik der Besiedlung zu verfolgen und in Gemeinschaft mit den ehemaligen Freuden des Kaiserreichs zu tun, um die direkten Erinnerungen des Krieges zu begatten. "Dolce Vita" sieht in der Tannenburger eine Art politischer Ausdehnung, die mit den Wiedersehens bei französischen Monarchen zu vergleichen sei. "Dolce Vita" vermutet, daß die Rede des Reichspräsidenten nicht ohne Bezugnahme seiner verinnerlichten Mitgeber erzielt sei.

### Die Aufnahme der Hindenburgrede in Berlin

Berlin, 19. Sept. Die sozialistische Verwahrung Hindenburgs gegen die Forderung der Saarland Deutschlands am Weltkrieg findet mit wenigen Ausnahmen in der Presse Preußens bestreite Aufnahme.

Die "Deutsche Zeitung", die die Worte Hindenburgs eine Staatsbedienung allererster Ordnung nennt, erklärt: "Ziel soll es auf dem Boden, den Hindenburg geschaffen, zu arbeiten und zu kämpfen."

Ahnlich äußert sich der "Volksanzeiger", der betont, daß das deutsche Volk die Angelegenheit nicht eher ruhen lassen werde, als bis der Kampf über die Grundlage des Verfaßter Vertrages vor wiedlich unparteiischen Richtern zum Vertrag gebracht ist.

In der "Deutschen Tageszeitung" heißt es: Wie eine Erlösung von schwerem Druck haben die breiten Schichten des deutschen Volkes den feierlichen Widerruf der Kriegsschuldfrage durch den Reichspräsidenten empfunden. Als Wahrzeichen sehen diese ehrwürdige Worte, an denen es kein Denken mehr gibt, nur neben dem gewaltigen Tannenberg-Denkmal.

Die "Tägliche Rundschau" schreibt: Wie alle die Tausende deutscher Männer und Frauen, die Hindenburg am Sonntag gehört haben, seine Worte als eine Befreiung empfanden, so werden sie von allen, in deren Seelen die Flamme der Kriegsschuldfrage brennt, als eine Befreiung empfunden werden.

Die "Harmonie" stellt fest, daß gestern der Reichspräsident mit Nachdruck auf die Unschärfe und Ungetreu-

tigkeit der falligen These von der Kriegsschuld Deutschlands hingewiesen hat — mehr nicht. Der Wortlaut der Rede des Reichspräsidenten zeigt, daß von dem Anfang einer großen Affäre in der Kriegsschuldfrage nicht die Rede sein könne.

Ahnlich äußert sich der "Vorwärts", der erklärt: Es ist nicht anzunehmen, daß den kriechenden Appell des deutschen Reichsvertrages an das Ausland irgend ein praktischer Erfolg beschieden sein wird.

### Die Geburtstagsfeier des Reichspräsidenten.

#### Der Abschluß des preußischen Staatsministeriums.

Der Reichspräsident hat den Wunsch ausgedrückt, daß von besonderen Feiern aus Anlaß seines 80. Geburtstages am 2. Oktober dieses Jahres absehen werde. Die Reichsregierung und ihr folgend die preußische Staatsregierung werden daher nicht in Berlin noch in anderen Orten Preußens amtliche Feiern veranstalten. Diese sollen vielmehr durch die Hindenburgspartei erfolgen, über deren Sammlung Frey und Löder überengelassen sind. Das preußische Staatsministerium bestimmt ferner folgendes: Sämtliche staatlichen Dienstgebäude sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper haben am 2. Oktober in den Reichs- und Landesfarben zu fliegen.

In den Schulen ist entweder am Samstag, dem 1. Oktober, oder am Montag, dem 3. Oktober, der Geburtstag in schlichten Feiern zu gedenken. Im Abschluß an diese Feiern fällt der Schulunterricht aus.

### Berlin feiert am Hindenburg-Tag

Schwarz - Rot - Gold.

Berlin, 20. Sept. Der Berliner Magistrat hat an die ländlichen Verwaltungseinheiten wegen der Beschaffung von Reichsfahnen folgende Weisung gerichtet: Es ist sofort je eine Reichsfahne zu beschaffen — sofern sie noch nicht vorhanden ist, a) für jedes ländliche Gebäude, b) für jedes Gebäude der Berliner Siedlungsgesellschaften, c) für jede Gebäude der ländlichen Gemeinden. Die Beschaffung geht auf ländliche Kosten. Sie ist so zu beschleunigen, daß die Fahnen bereits am 2. Oktober gereift werden können.

### Dr. Solf Zeittungsmitglied.

Berlin, 20. Sept. Nach der "A. 3." verläutet in parlamentarischen Kreisen, daß sich der deutsche Botschafter in Tokio, Minister Dr. Solf, der Jentzschapartei angehört hat.

### Vor der Volksbundstagung

Gera, 20. Sept. Der genaue Zeitpunkt der Beendigung der gegenwärtigen Tagung des Volksbundes steht noch nicht fest. Man rechnet mit einer Beendigung der Tagung für nächsten Dienstag oder Mittwoch. Heute nachmittag 4 Uhr findet eine Vollversammlung statt.

### Die Ergebnisse der lokalen Wahlen.

London, 20. Sept. Nach den letzten bekanntgewordenen Ergebnissen der lokalen Wahlen haben die Regierungspartei 48, die Partei De Boer 42, die Arbeiterpartei 11, die Unabhängigen 10, die Kommunisten 4, die Nationalen 2 und die Kommunisten 1 Mandat erhalten. Hieraus wurden die der Regierung nahestehenden Parteien über 62 Mandate gegenüber 56 Mandaten der Opposition verfügen. Sowohl die Partei Coopers als auch die junge De Boer haben auf Kosten der kleineren Gruppen Gewinne erzielt.

### Der Abschluß des französischen Nationalfeiertages.

Paris, 20. Sept. Der Abschluß des französischen Nationalfeiertages zu Ehren der ausländischen Legion littete gestern abend ein riesiges Banquet im Hause des Innenministers. Auf den Straßen standen Bälle und andere Belustigungen statt, trocken war regnete. Am Mittwoch wird Poincaré in Begleitung des Generals Pershing und anderer Führer der ausländischen Legion nach Verdun reisen.

### Neue Todesurteile in Polen

Kowno, 20. Sept. Vor dem Kriegsgericht in Tarnoggen wurden gestern wieder acht Personen zum Tode verurteilt. Der Hauptangeklagte wurde bereits erschossen. Neun weitere Personen erhielten längere Haftstrafen, sieben an dem Busch beteiligt gewesene Personen wurden bestraft.

## Grundjähliches über das Reichsjahrgesetz.

Wohin wir bereits ausführlich in unserer Dienstag-Ausgabe über von Gaucke-Reise über die Reichsjahrgesetz am vergangenen Samstag in Soesthoven 1 berichtet haben, lassen wir nochmals die fünf Jahren des zweiten Decennies des Abends, den Herrn Staatssekretär Hofmann, zu benennen, W. o. R. folgen. Dieser führt über das Reichsjahrgesetz aus:

"Der erste Redner des Abends, mein verehrter Kolleg Herr von Götzen, sprach Sorgen von Justiz- und Anhängerpolitik. Ich selbst muß auf ein Kulturpolitisches Thema eingehen, auf eine Frage, die in den nächsten Wochen schwere Auseinandersetzung mit sich bringen wird, weil es um Freiheit, um Heiliges, um die Zukunft um das Kind geht. Wir werden schwere Kämpfe in der Schulfrage mitspielen haben. Das bisher war, behalte nichts dagegen. Ich habe die berühmten Tage der Nationalversammlung in Weimar damals miterlebt. Man hat uns Katholiken untersetzt müssen. Kein, eine Revolution hat immer gerichtet an Kirche und Schule. Aber die deutschen Katholiken haben vor dem Kriege ihre soziale Funktion erfüllt, man mußte sie also dementsprechend würdigen. Schreibt vor dem Neujahr und ich aus dem Leben geschieden, die damals in Weimar verloren, das christliche Gut zu machen. In Weimar hatte man mit den Sozialdemokraten eine leibliche Formel in der Schulfrage gefunden. Dem Einfluß der Demokraten blieb es leider! — vorbeladen, für eine Verabsiedlung zu sorgen. Wie alle Jungen den Artikel 146 der Reichsverfassung nach dem auf einer eingeschworenen Versammlung die höheren Schulen aufzugeben werden sollen. Aber dieser Artikel soll auch den Schulkindern schützen.

Was will erreichen wir heute? Freiheit und Recht und Recht und das Wohle Unterfangen" heißt es in dem Lied der Deutschen. Gilt das auch für die Schulfrage? Wir können nicht. Im Gegenteil, wie kommt, daß bei den Parteien des Liedes offiziell eine geistige Ausgrenzung eingeschüchtert werden soll. — Nochmal schon hat der Reichstag versucht, gemäß dem Artikel 146 der Reichsverfassung das Rahmen-Gesetz zu einem künftigen Schülengesetz zu schaffen. Leider ist vor dem dritten Entwurf abgegeben, so daß der Reichsminister, Herr von Seebell, in seinem Gesetzentwurf die Gewissensfreiheit garantiert mit. Aber trotzdem kann die Gewissensfreiheit nicht zu gewinnen sein, denn dieser Entwurf ist von Seiten der Deutschen Volkspartei sehr stark beeinflusst.

Ein gigantischer Kampf steht an. Und mit verbucht mit allen möglichen Wänden und Eindrücken dem Zentrum und damit auch dem Schulbeamten des Zentrums beizutreten. Wie liegt jetzt das bedeckende Wort von der Volksgemeinschaftsschule. Das klingt wohl recht schön, aber wie ist es in Wirklichkeit damit? Den Sozialdemokraten und Demokraten jüdisch, man von dem gemeinsamen Schülengesetzes-Ergebnis, das über Glauben und Klasse hinweggegangen ist und zur Volksgemeinschaft geführt habe. Also soll auch das Kind den einen wie den anderen Bekenntnissgemeinschaft in die Schule gehen, um in zur Volksgemeinschaft zu kommen. Das ist natürlich ein volkswirtschaftlicher Vergleich: Die Schule ist kein Schülernorden, sondern ein Wissensorden. In der Schule sollen Kinder erzogen werden, sollen wählen wie junge Männer.

Wir sollen das Wissenholz im Menschen wissen, was er ist und was er will, herausbekommen. Und dazu gehört eben bei uns auch der katholische Glaube. Überzeugen wir doch nicht das Wesentliche in der Schulfrage, und damit auch den Ort, wo sich die Kinder befinden müssen, nämlich die Frage: Glaubst du an einen Gott, oder glaubst du nicht? Es gibt nur das eine oder das andere; entweder Religionschule oder religiöse Schule. Was das bedeutet, kann niemals eine literale Erziehungsschule sein. Wir wollen doch nicht, als Religion, als Wissen erblässen, nur kluge Menschen erscheinen. Was ist wichtig, kluge Menschen oder Menschen mit Charakter der Welt zu übergeben. Charakter: der Simultaneum-Charakter will alles abdecken, auf die gleiche Höhe dringen, was nebenander steht.

Die Sozialdemokraten haben es absolut nicht nötig, in diesem Zoll von Nationalität und Begegnung zu reden. Sie selbst wollen ja auch alles weltmäßig zusammenführen und sind also darüber unserer Meinung. Sie haben ihre eigenen Augenblicke und haben ihre eigenen Zwischenfälle, sie verfolgen die Selbstbildung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Staatssekretär Schulz hat in der Nationalversammlung damals gelegt, daß sich die Deutschen nur vor Gleichgesinnten